



MLU

**HUMAN GEOGRAPHY
WORKING PAPER SERIES**

Issue 6 (2021)



Suggested Citation:

Auge, Y. (2021): Die Konstruktion von ‚gefährlichen Orten‘ in Großwohnsiedlungen: Wohnen ‚Am Südpark‘ in Halle-Neustadt. MLU Human Geography Working Paper Series, Issue 6.

Editors:

Jonathan Everts, Martin-Luther-University Halle-Wittenberg
Markus Bös, Martin-Luther-University Halle-Wittenberg

Handling Editor:

Florian Ringel, Martin-Luther-University Halle-Wittenberg

Publisher:

Self-Publishing, Human Geography Working Group, Martin-Luther-University Halle-Wittenberg, Halle (Saale)

Publication Frequency:

Irregular

ISSN:

2701-9063

Previously Published Issues:

<https://public.bibliothek.uni-halle.de/index.php/mluhumangeowps/issue/archive>

Die Konstruktion von ‚gefährlichen Orten‘ in Großwohnsiedlungen: Wohnen ‚Am Südpark‘ in Halle-Neustadt

Yelva Auge

Keywords: Halle-Neustadt, Stadtforschung, Kriminalgeographie, Gefahrenorte

The following paper examines how the image of a 'danger zone' is constructed in the neighbourhood 'Am Südpark' in the large housing estate Halle-Neustadt and how everyday living functions in such a place. The neighbourhood is characterized by a concentration of marginalized tenants and has received media attention in recent years due to rising crime figures. In 2016, it was declared a 'danger zone' by the police and since then, identity checks without any proof of suspicion can be carried out there. In order to investigate the connections between the experience of one's own place of residence and the construction of this place as 'dangerous', I conducted interviews with residents of the neighbourhood. In addition to everyday realities, the analysis of the interviews revealed several contradictions to the theoretical discussion of 'danger zones'. Contrary to the prevailing assumption in the literature, the declaration of 'Am Südpark' as a 'danger zone' had little impact on the residents. This can be attributed to various explanations, including the neighbourhood's character as a monofunctional residential area, a lack of scandalization of police interventions, residents being accustomed to the prevailing living conditions, and an increased relevance of social problems vis-à-vis police presence or crime.

1. Einleitung

Seit Oktober 2016 ist das Quartier ‚Am Südpark‘ im Süden von Halle-Neustadt von der Polizei als ‚gefährlicher Ort‘ ausgewiesen (Briest 2016a). Das Quartier wurde in den 1980er Jahren errichtet. Heute wird ein Großteil der Wohneinheiten durch Immobilienfirmen günstig vermietet (Bernt et al. 2017: 12f). Durch die im Vergleich zu anderen Stadtteilen von Halle (Saale) niedrigen Mieten kam in den vergangenen 10 Jahren zu einem verstärkten Zuzug von sogenannten marginalisierten Mieter*innen (ebenda: 13). Außerdem wurde ein Anstieg von Konflikten und Kriminalität in dem Quartier verzeichnet (Briest 2016b). Seit der Einstufung von ‚Am Südpark‘ als ‚gefährlicher Ort‘ können dort verdachtsunabhängige und anlasslose Personenkontrollen von der Polizei durchgeführt werden (Landtag Sachsen-Anhalt 2018: 3, 10). Das bedeutet, dass alle Menschen, die sich an diesem Ort aufhalten, von der Polizei kontrolliert werden können. Dabei sind nicht verdächtiges Verhalten oder bestimmte Eigenschaften einer Person Grund für eine Kontrolle, sondern allein der Aufenthalt in dem als ‚gefährlicher Ort‘ definierten Gebiet legitimiert sie (Belina & Wehrheim 2011: 224).

Sind Städte und Ängste zwar durch den Kontakt mit der Fremde und der Anonymität schon immer miteinander verbunden (Rolfes 2017: 48), so lässt sich beobachten, dass Kriminalität und Sicherheit in städtischen Kontexten ein polarisierendes und politisiertes Thema darstellen

(Rolfes 2003: 329). Andersartigkeit und Fremdheit sind integraler Teil urbaner Räume, werden aber gleichzeitig auch als Bedrohung angesehen (Rolfes 2015a: 125, 131). Die kritische Kriminalgeographie beschäftigt sich zwar mit den Zusammenhängen zwischen Räumen und (Un-)Sicherheit und Kriminalität (Glasze et al. 2005: 48), jedoch werden die Konstruktion von ‚Gefährlichkeit‘ und die Deklaration ‚gefährlicher Orte‘ und damit einhergehende erhöhte Polizeiaktivität vor allem im Kontext von belebten Plätzen (Ullrich & Tullney 2012), Bahnhofsvierteln (Belina 1999) oder linken Szenevierteln (Sutter 2014) untersucht. Forschungslücken bestehen zu Wohngebieten, welche einen hohen Anteil marginalisierter Bevölkerung aufweisen und als ‚Gefahrenzone‘¹ eingestuft werden. Das Quartier ‚Am Südpark‘ hat insofern eine besondere Stellung, da die auf das Wohnen begrenzte Funktion das Quartier nicht zu einem typischen ‚Angstraum‘ macht, wie z. B. bei Bahnhofsvierteln, die durch Anonymität und die Frequentierung vieler Menschen gekennzeichnet sind. Die Einstufung als ‚Gefahrengebiet‘ hat bisher außerdem kaum Aufmerksamkeit erhalten und wurde auch nur wenig kritisch beleuchtet², wie es z.B. in der Leipziger Eisenbahnstraße der Fall ist (vgl. Högele & Kücük 2020; Schmid 2021; Unofficial Pictures 2021).

Um die alltäglichen Erfahrungen speziell der Bewohner*innen von ‚Am Südpark‘ zu beleuchten, werden die Zusammenhänge zwischen dem Erleben des eigenen Wohnorts und der Konstruktion dieses Ortes als ‚gefährlich‘ untersucht. Gezeigt werden soll, welche Effekte nach der Deklaration von Räumen als ‚gefährliche Orte‘ eintreten und wie die Bewohner*innen von ‚Am Südpark‘ diese wahrnehmen und bewerten. Dabei sollen Fragen, wie sie davon in ihrem alltäglichen Leben betroffen sind, wie sie über Kriminalität und Unsicherheit reden und wie sie das Leben in dem Quartier wahrnehmen beantwortet werden. Ziel ist es, sowohl die Konstruiertheit von ‚Am Südpark‘ als ‚gefährlicher Ort‘ aufzuzeigen und zu durchbrechen als auch zu verstehen, was für Erfahrungen die Bewohner*innen in Bezug auf ‚gefährliche Orte‘, Polizeikontakt und Kriminalität machen. So soll versucht werden, einerseits die spezifischen Erlebnisse der Bewohner*innen sichtbar zu machen, und diese gleichzeitig in einen Kontext zur theoretischen Auseinandersetzung mit ‚gefährlichen Orten‘ zu setzen. Dazu wurden leitfadengestützte Interviews mit drei Bewohner*innen und einer Sozialarbeiterin geführt.

¹ Die Begriffe *Gefahrenzone*, *Gefahrenort*, *Gefahrengebiet* und *gefährliche Orte* werden synonym verwendet und geben lediglich die unterschiedlichen Termini durch die jeweiligen Polizeigesetze der Länder an (Ullrich & Tullney 2012: 3)

² Eine der wenigen kritischen Auseinandersetzungen mit der Deklaration von ‚Am Südpark‘ als ‚gefährlicher Ort‘ stellt ein Interview der Mitteldeutschen Zeitung mit dem Politiker Hendrik Lange der Partei DIE LINKE dar (Briest 2016c)

2. Kriminalgeographie und die räumliche Dimension

Grundlage für die Entwicklung räumlicher Kriminalpräventionsmaßnahmen bildet die von den Sozialwissenschaftlern Wilson und Kelling im Jahr 1982 entwickelte und viel kritisierte *Broken-Windows-These* (Belina 2006: 135). Sie besagt, dass Orte, die durch z. B. kaputte Fensterscheiben, herumliegenden Müll oder Leerstand unordentlich wirken, Kriminalität anziehen, weil erwartet wird, dass dort eine geringe soziale Kontrolle existiert (Belina & Wehrheim 2011: 212). Grundannahme ist, dass es einen „kausale[n] Zusammenhang von physischer und sozialer Unordnung mit schwerer Kriminalität“ (Belina 2006: 135) gibt. In Deutschland werden vor allem Großwohnsiedlungen „als Orte verringerter sozialer Kontrolle und damit als potentiell gefährlich“ (Schirmel 2011: 105) konstruiert. Coleman et al. (2005) werfen die Frage auf, welches Verhalten durch Polizei im städtischen Raum überhaupt kontrolliert und bestraft wird und werden kann. Sie ziehen den Schluss, dass besonders marginalisierte Gruppen überdurchschnittlich oft kontrolliert werden und sprechen von einer Überkontrolle „down the social and political hierarchy“ (Coleman et al. 2005: 2512), während gleichzeitig eine Unterkontrolle von Verbrechen durch große Konzerne und Unternehmen besteht (ebenda). Rolfes (2015a) verweist darauf, dass besonders Jugendliche und migrantisierte Menschen von der Polizei kontrolliert werden, „während Straftaten staatlicher Institutionen, der Finanzwirtschaft, der Finanz- und Kartellbehörden unterrepräsentiert“ (Rolfes 2015a: 59) sind. Einen Grund dafür sieht er in der Fokussierung auf räumliche Maßnahmen, die dazu führen, dass nur solche Straftaten untersucht werden können, die in einem bestimmten abgegrenzten Raum passieren. Dazu würden unter anderem Diebstahl und Gewalt, nicht aber Straftaten wie z. B. Wirtschaftskriminalität, Kriminalität im Internet, Steuerhinterziehung oder Korruption zählen, die sich auf einer größeren räumlichen Skala abspielen (ebenda: 84).

Die Kategorie Raum kann in der kommunalen Polizeiarbeit als Platzhalter für Kategorien wie *Rassifizierung* und *Klasse* betrachtet werden. Neben Veröffentlichungen aus dem wissenschaftlichen, aber auch aktivistischen und künstlerischen Kontext (vgl. z. B. Autor*innenkollektiv der Berliner Kampagne Ban! Racial Profiling – Gefährliche Orte abschaffen 2018; Democracia & Trautmann 2018, Wa Baile et al. 2019) haben sich im deutschsprachigen Raum vor allem Geograph*innen mit der Verschränkung von Raum und selektiver sowie rassistischer Polizeiarbeit beschäftigt. Sie sehen die Problematik rassistischer Polizeikontrollen in den Strukturen von Polizei und Ordnungsbehörden und in der Annahme, dass der Ort der Kontrolle und *Rassifizierung* oft als natürlich miteinander verbunden

angesehen werden (Belina 2016: 134). Die kritische kriminalgeographische Stadtforschung nimmt deshalb besonders die Kriminalisierung von Räumen und Menschen durch die Konstruktion von ‚Gefahrenorten‘ in den Blick.

Belina (1999) untersuchte diese Art der verstärkten sozialen Kontrolle am Beispiel des Hamburger Stadtviertels St. Georg und der Bremer Stadtviertel Steintor und Bahnhofsvorstadt (Belina, 1999: 61ff). Ullrich und Tullney (2012) verglichen die „Konstruktion gefährlicher Orte“ (Ullrich & Tullney 2012: 4) an öffentlichen und belebten Plätzen und die zugrundeliegende Rechtslage und Kommunalpolitik in Leipzig und Berlin (ebenda). Für Leipzig konnte festgestellt werden, dass es bei der Deklaration ‚gefährlicher Orte‘ vor allem um die Unterdrückung subkultureller Abweichung von der Norm ging (ebenda: 14), während in Berlin die Bekämpfung von Drogenkriminalität im Vordergrund stand (ebenda: 10). Sutter (2014) stellte in seiner Untersuchung der Proteste gegen die Einstufung der Hamburger Stadtviertel Altona, St. Pauli und Sternschanze als ‚Gefahrengebiet‘ fest, dass damit das Ziel verfolgt wurde, in linke und aktivistische Netzwerke einzugreifen (Sutter 2014: 6). Keller und Leifker (2017) untersuchten ‚gefährliche Orte‘ in Berlin und kamen zu dem Schluss, dass es sich für Bewohner*innen dieser Gebiete durch die ständige Angst vor Kontrollen um einen „Ausnahmestand“ handle (Keller & Leifker 2017: 248). In einem aktuellen Forschungsprojekt beschäftigten sich Hunold et al. (2020) zudem mit der „Konstruktion von Räumen im Kontext von Sicherheit bzw. dem Raumwissen der Polizei“ (Hunold et al. 2020: 8).

Räume werden in der traditionellen Kriminalgeographie essentialistisch verstanden, d. h. als natürliche und abgrenzbare Container, die mit „physischen und sozialen Tatbeständen“ (Rolfes 2015a: 35) gefüllt sind (ebenda). Im aktuellen Verständnis von Raum in der Humangeographie werden die Eigenschaften eines Raumes hingegen als konstruiert betrachtet (ebenda: 37, Rolfes 2015b: 148). Nach Lefebvre (2006) produziert und reproduziert jede Gesellschaft ihren eigenen Raum, der bestimmte soziale Ordnungen enthält (Lefebvre 2006: 330f). Gleichzeitig ist „die räumliche Organisation von Gesellschaft [...] relevant dafür [...] wie diese funktioniert“ (Massey 2011: 116), sodass die räumliche und soziale Dimension nicht getrennt voneinander gesehen werden können (ebenda: 117). Dies bedeutet, dass soziale Phänomene sowohl über einen gesellschaftlichen, als auch einen räumlichen Zugang untersucht werden müssen. In Bezug auf das Forschungsthema heißt dies, die „Feinheiten und enormen Komplexitäten, aus dem Verschränkten und dem Nicht-Verschränkten, und aus Netzwerken von Beziehungen auf allen räumlichen Maßstabsebenen“ (Massey 2011: 128) des Quartiers ‚Am Südpark‘ als Wohnort und Kriminalitätsschwerpunkt zu analysieren. Die Perspektiven von Bewohner*innen

und Expertin bilden dabei den Zugang zu einem räumlichen Verständnis des Lebens in und des Erlebens von einem als ‚gefährlich‘ konstruierten (Wohn)ort.

3. Die Praxis der ‚gefährlichen Orte‘

Seit den 1990er Jahren ist es in Deutschland möglich, dass die Polizei Gebiete mit einer besonders hohen Kriminalitätsbelastung als ‚Gefahrengebiete‘ einstufen kann (Belina & Wehrheim 2011: 218). Die Legitimation der Deklaration eines Ortes als ‚gefährlich‘ oder besonders kriminalitätsbelastet erfolgt über die Annahme, dass dort häufig Straftaten geplant oder begangen werden oder sich Täter*innen aufhalten (Kant & Roggan 2005: 15), was basierend auf Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) beruht. Die Deklaration ermöglicht durch erweiterte Befugnisse der Polizei eine höhere Zahl an Kontrollen. In der Folge kann dadurch auch die Anzahl verzeichneter Delikte in der Kriminalitätsstatistik steigen. Dies hat wiederum den Effekt, dass die höheren Kriminalitätszahlen die Einstufung von Orten oder Gebieten als ‚gefährlich‘ legitimieren. Diese sich selbstverstärkende und -legitimierende Wirkung ist unter den Namen *Self Fulfilling Prophecy* bekannt (Belina & Wehrheim 2011: 225). Weil an einem Ort die Zahlen der PKS besonders hoch sind, ist daraus nicht automatisch zu schließen, dass an diesem Ort tatsächlich eine höhere Wahrscheinlichkeit für Straftaten besteht. Und letztendlich bedeuten objektiv höhere Kriminalitätszahlen nicht automatisch eine erhöhte ‚Gefahr‘ für einzelne Menschen: Die meisten in der PKS verzeichneten Delikte sind sogenannte „opferlose“ (Ullrich & Tullney 2012: 18), bei denen Menschen als Opfer physischer Gewalt in der Regel nicht involviert sind (ebenda). Ullrich und Tullney (2012) schreiben dazu: „Die Begriffe ‚gefährlicher Ort‘ oder ‚Gefahrengebiet‘ suggerieren jedoch genau das – tatsächliche Gefahren, die an anderen Orten nicht oder in ungleich geringerem Ausmaß drohen [...]“ (Ullrich & Tullney 2012: 18). Somit handelt es sich bei ‚gefährlichen Orten‘ um eine durch Polizei, Medien und Politiker*innen konstruierte Kategorie, die allerdings dadurch, dass sie als reales Mittel der Kriminalitätsbekämpfung genutzt wird, neue Wirklichkeiten produziert, in denen diese Kategorie tatsächlich existiert.

Die Einstufung als ‚gefährlicher Ort‘ kann auch dazu genutzt werden, marginalisierte Menschen durch den Ort, den sie bewohnen, zu kriminalisieren (Belina & Wehrheim 2020: 103). Verdachtsunabhängige Kontrollen durch die Polizei würden deswegen vor allem Menschen treffen, die als migrantisch gelesen werden (Keller & Leifker 2017: 246). Dadurch, dass Polizist*innen bei Personenkontrollen nicht mehr auf verdächtiges Verhalten achten müssten, sondern jede Person ohne Verdacht kontrollieren dürften, würde bei der Auswahl der

kontrollierten Personen oft auf stereotype Annahmen über das Aussehen von Personen zurückgegriffen (ebenda: 245). Dies ist nicht nur insofern problematisch, als dass Kontrollen an ‚gefährlichen Orten‘ selektiv und diskriminierend sein können. Bei der Betrachtung von Kriminalität als räumliches Phänomen wird die Komplexität, die hinter kriminellm Verhalten steht, reduziert (Rolfes 2015a: 38). Ein soziales Problem wird durch die Benennung eines Ortes als ‚gefährlich‘ umdefiniert in ein räumliches „polizeiliches Problem“ (Sutter 2014: 10) und die Verantwortung krimineller Akte „individualisiert“ (Rolfes 2017: 58) und nicht bei Politik, Gesellschaft und benachteiligenden Strukturen gesucht (ebenda).

4. Halle-Neustadt und das Quartier ‚Am Südpark‘

Im Folgenden werden das Untersuchungsgebiet ‚Am Südpark‘ in Halle-Neustadt, dessen Entstehungsgeschichte und aktuelle Entwicklungen in dem Quartier näher vorgestellt.

Als das größte Bauprojekt der DDR wurde Halle-Neustadt zwischen 1964 und 1989 erbaut (Pasternack 2019: 25), um die in den für die DDR-Wirtschaft wichtigen Ölraffinerien und petrochemischen Anlagen in Buna und Leuna angestellten Arbeiter*innen mit Wohnungen auszustatten (Pasternack 2014: 56). Als in den ersten Jahren nach der Wende viele Betriebe privatisiert oder geschlossen, und viele der Arbeitsschritte automatisiert wurden, kam es zu hoher Arbeitslosigkeit (Çağlar & Schiller 2018: 55). Durch den Wegzug junger und qualifizierter Menschen sank die Einwohner*innenzahl (Grunze 2017: 140, Bernt et al. 2017: 7). Der entstandene Leerstand, der in Halle-Neustadt 2002 fast 20 % betrug, sollte mit Hilfe des durch den Bund und die Länder finanzierten *Stadtumbauprogramms Ost* verringert werden (Grunze 2017: 141). Dieses sah einen Rückbau des Wohnbestandes von außen nach innen und eine Sanierung der Bestände im Kern von Halle-Neustadt vor (Çağlar & Schiller 2018: 57). Die Umsetzung der Abrisspläne gestaltete sich mitunter schwierig, da Interessen privater Eigentümer*innen dem Rückbau von Wohnblöcken entgegenstanden (Grunze 2017: 141f).

Durch einen hohen Anteil an privatisierten Häuserblöcken hat vor allem der südlichste Wohnkomplex Halle-Neustadts, das heutige Quartier ‚Am Südpark‘ wenig von dem *Stadtumbauprogramm Ost* profitiert (Bernt et al. 2017: 7). Der Wohnkomplex ‚Am Südpark‘ wurde ab 1982 auf einer Fläche, die ursprünglich als Naherholungsraum vorgesehen war, im südlichsten Teil Halle-Neustadts erbaut. Heute ist ‚Am Südpark‘ ein Teil des Stadtviertels Südliche Neustadt.



Abbildung 1: Rückseite der Wohnbebauung in der Offenbachstraße im Quartier ‚Am Südpark‘ (Foto: Y. Auge, 2021).

Seit der Wende hat sich die Wohnsituation im Quartier ‚Am Südpark‘ stark verändert: Waren 1993 noch alle Wohnungen in kommunaler oder in Händen von Wohnungsgenossenschaften, ist heute fast der gesamte Bestand³ in privater Hand (Bernt 2019: 84). Das Geschäftsmodell der Immobilienfirmen war und ist es, Bestände günstig aufzukaufen, dann durch geringe Renovierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen die Erhaltungskosten so niedrig wie möglich zu halten und die leeren Wohneinheiten so schnell wie möglich zu vermieten (ebenda: 12). Sie beteiligten sich außerdem nicht an den Plänen des Stadtumbauprogramms Ost sodass das Quartier ‚Am Südpark‘ letztendlich davon ausgeschlossen wurde, was zu einem Verfall öffentlicher Infrastruktur wie Spielplätzen, Straßen und Grünanlagen führte (ebenda: 12).

Als Resultat dieser Praxis konzentrieren sich heute in den Beständen der Investor*innen vor allem Mieter*innen, die über ein geringes Einkommen verfügen und sich die Mieten anderswo nicht leisten können (ebenda: 13). Dazu zählen vor allem Transferleistungsbeziehende, deren Mietzahlungen direkt über das Jobcenter getätigt werden (ebenda: 10). Aber auch migrantisierte Menschen greifen auf die günstigen und leicht zugänglichen Wohnungen zurück, da sie oft Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt erfahren (Wudy 2021: 14). Aktuelle Zahlen spiegeln die Entwicklung und den Einfluss der Finanzialisierung wider: Im Jahr 2011 lebten 3.367 Einwohner*innen in dem Quartier, von denen rund 22,4 % als erwerbslos gemeldet waren und

³ Für eine ausführliche Beschreibung der Finanzialisierung des Wohnungsmarkts ‚Am Südpark‘ vgl. Bernt et al. 2017 und Bernt 2020

38,4 % eine Form von Transferleistungen bezogen (Bernt et al. 2014: 35). Die Anzahl an Menschen mit Migrationsbiographie stieg zwischen 2011 und 2017 von 10 % auf 33 % (Bernt 2020: 15)⁴.

In den letzten Jahren war das Quartier ‚Am Südpark‘ immer wieder aufgrund hoher Kriminalitätszahlen, Auseinandersetzungen zwischen Bewohner*innen und sichtbare Unordnung wie Vermüllung und Vandalismus in den Medien (vgl. z. B. Briest 2016b, 2016c, 2017; Auge & Ringel 2021: 8f). Gewalt, Kriminalität, Schmutz und Abfall, Leerstand, Unordnung und fehlende Sicherheit werden als zentrale Probleme des Quartiers identifiziert und sowohl aus dem Quartier heraus als auch medial kommuniziert (Jaeck 2018: 49ff; Böhmer 2019: 96f; Winkler et al. 2020: 31).

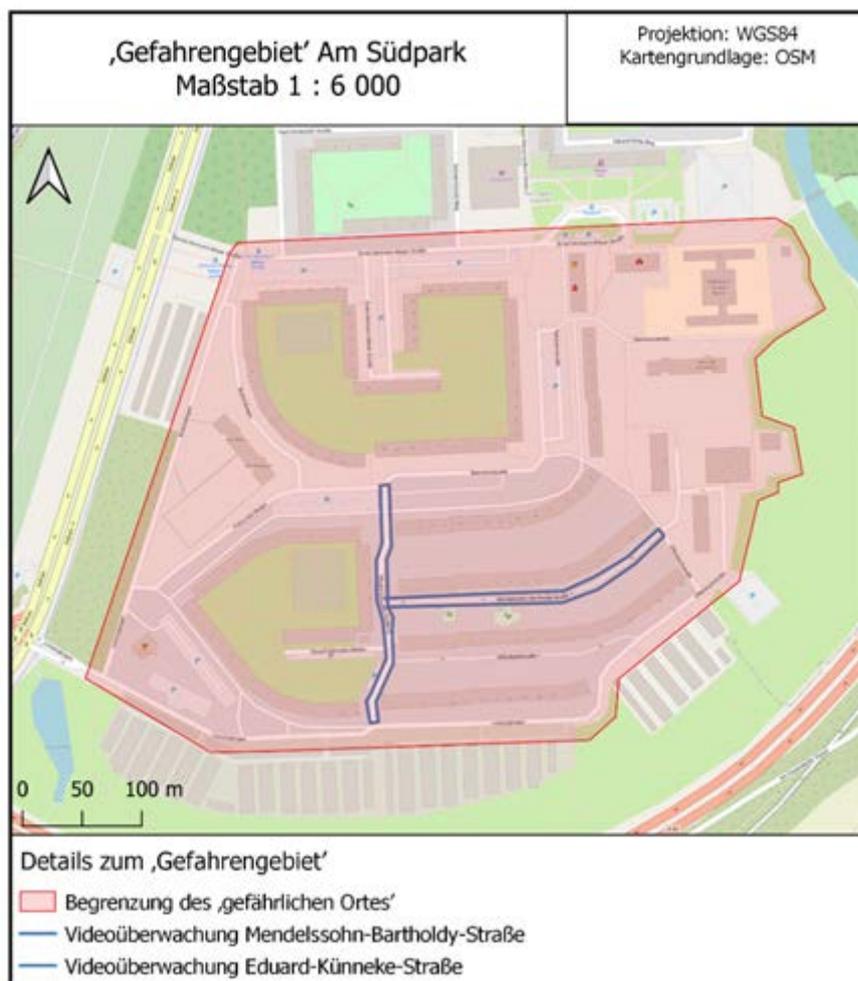


Abbildung 2: Karte des Quartiers ‚Am Südpark‘ mit Markierung des ‚Gefahrengebiets‘ (Kartographie: A. Homm, 2021).

⁴ Aktuelle Bevölkerungszahlen der Stadt Halle (Saale) geben für das Jahr 2020 für das gesamte Stadtviertel Südliche Neustadt einen Anteil an Menschen mit Migrationsbiographie von 34 % an (Stadt Halle/Saale 2020). Schneider et al. (2020) gehen von einem Anteil an Menschen mit Migrationsbiographie in der Altersgruppe bis 30 Jahre in der Südlichen Neustadt um 50 % aus (Schneider et al. 2020: 2)

Als politische Antwort auf diese Problemlage wurde das Quartier ‚Am Südpark‘ Ende des Jahres 2016 als ‚gefährlicher Ort‘ eingestuft (Briest 2016a). Das Gebiet des ‚gefährlichen Ortes‘, siehe Abbildung 2, erstreckt sich über den gesamten südlichen Teil des Quartiers und wird von der Ernst-Hermann-Meyer-Straße, dem Brahmsbogen, dem Lortzingbogen und der Offenbachstraße begrenzt (Polizeiinspektion Halle/Saale 2016). Die Deklaration ermöglichte außerdem die Installation von Überwachungskameras: Insgesamt wurden vier Kameras im Bereich der Eduard-Künneke-Straße und Mendelssohn-Bartholdy-Straße installiert (Briest 2016a).

5. Methodik

Um verschiedene Positionen so gut wie möglich darstellen und miteinander vergleichen zu können, wurden qualitative, problemzentrierte Leitfadeninterviews mit insgesamt vier Interviews mit Personen, die sich in ihren Perspektiven auf das Forschungsthema größtmöglich voneinander unterscheiden (Kaspar 2018: 98), durchgeführt. Zwei Interviews fanden mit Bewohner*innen statt, zwei mit jüngeren Menschen, die erst nach 2016 in das Quartier gezogen sind, von denen eine Migrationserfahrungen hat und eins mit einer älteren Person, die schon seit über 30 Jahren dort wohnt. Zudem wurde ein Expert*inneninterview mit einer Sozialarbeiterin einer Beratungsstelle in dem Quartier geführt (siehe Tabelle 1). Es ist anzumerken, dass es sich dabei nur um die subjektiven Erfahrungen und Einstellungen der Interviewpartner*innen handelt und die erhobenen Daten nicht repräsentativ für alle Bewohner*innen von ‚Am Südpark‘ sind oder sein sollten. Die Interviews wurden mit dem thematischen Kodieren, angelehnt an Flick, ausgewertet (ebenda: 202).

Tabelle 1: Geführte Interviews

Name	Alter	Kategorie	Tätigkeit	Interviewart
Herr L.	ca. 30	Bewohner*inneninterview, Wohnort ‚Am Südpark‘ seit 2018	berufstätig	Walking-Interview
Frau Z.	56	Bewohner*inneninterview, Wohnort ‚Am Südpark‘ seit über 30 Jahren	berufstätig	Telefoninterview
Frau W.	35	Expert*inneninterview, Sozialarbeiterin ‚Am Südpark‘	berufstätig	Interview in einer Beratungsstelle
Frau M.	21	Bewohner*inneninterview, Wohnort ‚Am Südpark‘ seit 2019, mit Migrationsbiographie	Auszubildende	Interview in einer Beratungsstelle

6. Ergebnisse

Die Auswertung der Interviewtranskripte führte zur Entwicklung einer Reihe von Kategorien, nach denen das Material analysiert wurde. So konnten die ambivalenten Gefühle und Meinungen der Interviewpartner*innen in Bezug auf das Quartier ‚Am Südpark‘ und ‚gefährliche Orte‘ untersucht werden.

6.1. ‚Am Südpark‘: zwischen „schöne Oase“ und „schlimmes Viertel“

Wird ‚Am Südpark‘ zwar medial als „Brennpunkt“ (Briest 2016a, 2017) dargestellt, so zeigte sich in den Interviews, dass nicht alle Gesprächspartner*innen diese Wahrnehmung teilen. Alle drei interviewten Bewohner*innen sind der Meinung, Angstgefühle und Kriminalität würden vor allem ‚Am Südpark‘ vorkommen und weniger in anderen Stadtvierteln Halles (vgl. Transkript 1, 2, 4). Gleichzeitig nennen auch alle Eigenschaften, die sie an dem Quartier schätzen. Herr L. beschreibt das Quartier einerseits als „schöne Oase“, andererseits auch als „schlimmes Viertel“ (Transkript 1). Die vielen Grünflächen, der Freiraum und die ruhige Lage werden betont und von den Interviewpartner*innen gewertschätzt (vgl. Transkript 1, 3, 4). Die Mitarbeiterin der Beratungsstelle berichtet wiederum von der negativen Reaktion ihrer Freund*innen gegenüber ihrer Arbeit in dem Quartier. Sie ist allerdings der Meinung, dass diese Sorgen unbegründet seien und sie sich wohlfühle, in dem Quartier zu arbeiten (ebenda). Die Interviewpartner*innen, die ein Wissen über das Quartier über mehrere Jahre haben, berichten zudem über die Entwicklung des Quartiers. So empfindet die Mitarbeiterin der Beratungsstelle die Lage ‚Am Südpark‘ etwas ruhiger als noch vor einigen Jahren (ebenda), während Frau Z., die seit mehr als 30 Jahren dort wohnt, kritisiert: „früher da war es viel besser hier hinten“ (Transkript 2) und dass es viel sauberer gewesen wäre und mehr Möglichkeiten für Kinder gegeben hätte (vgl. ebenda). Spricht Frau Z. über das Quartier, fällt auf, dass sie es sehr häufig mit „hier hinten“ (ebenda) beschreibt. ‚Am Südpark‘ scheint für sie ein klar abgegrenzter und vom Rest der Stadt entfernter Bereich zu sein.

Drei Interviewpartner*innen nannten Abfall als eines der vorherrschenden Probleme ‚Am Südpark‘ (vgl. Transkript 1, 2, 3). Die Verursacher*innen dieses Problems seien nach Herrn L. „die Ausländer“ (Transkript 1), die nicht in der Lage seien, Abfall zu entsorgen, Spielgeräte zerstört und Feuer an Orten machen würden, an denen es nicht erlaubt sei (vgl. ebenda). Auch Frau Z. nimmt es so wahr, dass die Parkanlage Südpark nicht mehr zu nutzen sei, weil dort so viele „Ausländer“ (Transkript 2) Feuer machten und grillen würden. Aus dieser Einstellung heraus ergeben sich Nutzungskonflikte ‚Am Südpark‘, z. B. auf Spielplätzen, wie Frau Z.

beschreibt: „[...] dann sind hier die, die Ausländer dann drauf. Und wenn unsere da drauf wollen, dann gibt es auch Ärger“ (ebenda). Es wird ebenfalls die fehlende Unterstützung seitens der Stadtverwaltung kritisiert (vgl. Transkript 1, 2, 3). Besonders die im Jahr 2016 und 2017 organisierten Zukunftswerkstätten für das Quartier werden als problematisch und wenig hilfreich betrachtet (vgl. Transkript 2, 3). Für Frau Z. haben diese Veranstaltungen zu keiner Veränderung geführt, „[...] der Oberbürgermeister wollte eben nichts davon wissen“ (Transkript 2). In Zusammenhang mit dem Gefühl der Abgehängtheit sieht Frau W. den hohen Beratungsbedarf, den sie im Quartier erlebt, als Problem an, da ihre Beratungsstelle zunehmend ausgelastet sei (Transkript 3).

Fehlende Spielmöglichkeiten und Investitionen seitens der Stadt, sowie die Wohnsituation allgemein stellen ein weiteres Problemfeld ‚Am Südpark‘ dar (vgl. Transkript 1, 3, 4). Herr L. erzählt, er sei „nicht glücklich hier im Südpark zu wohnen“ (Transkript 1) und schätzt die Mieten als zu günstig im stadtweiten Vergleich ein. Er identifiziert sie als Grund dafür, dass viele Menschen, die von Transferleistungen abhängig sind, in das Quartier ziehen (vgl. ebenda). Frau W. ist der Meinung, dass ‚Am Südpark‘ Menschen nur wohnen würden, wenn sie keine andere Wahl hätten (Transkript 3). Die geringen Renovierungsmaßnahmen als Teil der Vermietungsstrategie der Immobilienfirmen kritisiert sie ebenfalls und bemängelt Schädlingsbefall und kaputte Heizungen und Fenster in den Wohnungen ihrer Klient*innen (vgl. ebenda). Sie ist der Meinung, ihre Klient*innen würden nicht gerne in dem Quartier wohnen.

„Die nennen, also Rassismus ist ein Grund, oder die Sauberkeit, es liegt andauernd Müll rum, es ist dreckig hier, die Hunde machen überall hin, die Besitzer machen es nicht weg. Wir hatten es jetzt hier im Haus, dass irgendwelche Leute, also Menschen, ins Haus geschissen haben. Das war eine Schweinerei. Es wird demoliert, es werden Sachen kaputt gemacht. Es werden Sachen geklaut, ganz viel. Von unseren Klienten, die haben ganz viele Kinder, die haben Kinderwagen, die sind andauernd weg, werden andauernd geklaut, oder mal angezündet. Also die fühlen sich nicht sonderlich wohl“ (ebenda).

6.2. Kriminalität, Sicherheit und Unsicherheit ‚Am Südpark‘

In Bezug auf Kriminalität werden im Quartier besonders Einbrüche und Diebstahl häufig angesprochen. Für Herrn L. ist dieses Thema relevant, auch weil er selber schon mehrere Einbruchsversuche in seiner Garage miterlebt hat und von anderen Einbrüchen, z. B. in einem Kiosk, gehört hat (vgl. Transkript 1). Frau W. berichtet, dass es neben Diebstahl manchmal auch Auseinandersetzungen und Körperverletzungen zwischen ihren Klient*innen gebe

(Transkript 3). Interessant ist hierbei, dass die Interviewte diese Übergriffe mit der Bewohner*innenstruktur des Quartiers in Zusammenhang bringt: „Ob das nun an dem Viertel an sich liegt..., aber hier wohnen einfach Leute, die kein Geld haben“ (Transkript 3). Das Kriminalitätsaufkommen sei jedoch trotzdem nicht spezifisch für das Quartier und auch in anderen Stadtteilen würde Frau W. ihrer Einschätzung nach ähnliches erfahren (ebenda).

Herr L. hat ebenfalls Auseinandersetzungen erlebt, wobei unklar bleibt, inwiefern er dabei auch Auslöser und aktiver Teil der Konflikte war. Er „hatte schon mehrere Probleme mit Leuten. Idioten, [...] die an dir vorbeilaufen und dir vor die Füße spucken. Da habe ich auch mal ein paar Ohrschellen verteilt“ (Transkript 1). Er scheint die Kriminalität aber ganz klar bei anderen zu verorten, z. B. bei „Afrikanern“ oder „Jugendgangs“ (ebenda), obwohl Herr L. selber auch eine kriminelle Vergangenheit hat und erst 2018 aus zehn Jahren Haft entlassen wurde. Frau M. äußert wiederum keine Meinung zu der Kriminalitätslage, beschreibt dann allerdings Situationen in denen sie oder ihre Freundinnen auf der Straße angegriffen oder verfolgt wurden. Sie scheint Vorfälle wie verfolgt werden oder mit einem Bierglas beworfen zu werden jedoch nicht unbedingt als Straftaten einzuschätzen, sondern eher als persönliche Angstsituation, die Auswirkungen auf ihr Sicherheitsempfinden hatte (vgl. Transkript 4). Daraus resultiert für sie zwar eine Angst vor der Wiederholung solcher Übergriffe, sie sieht die Schuld allerdings auch bei sich selber, da sie alleine draußen unterwegs war, und nicht in dem Kriminalitätsaufkommen ‚Am Südpark‘ (vgl. Transkript 4). Sie hat deswegen Angst, nachts alleine in dem Quartier unterwegs zu sein (vgl. ebenda). Auch wenn sie dies nie explizit ausspricht, scheint der Rassismus anderer Bewohner*innen ein Grund für ihre Erfahrungen und Ängste zu sein. Sie schätzt das Quartier dennoch nicht als ‚gefährlich‘ ein. ‚Am Südpark‘ sei „ja ein sicherer Ort“ (Transkript 4).

Frau Z. ist wiederum der Meinung, das Quartier sei ‚gefährlich‘, „weil hier wie gesagt eben die ganzen Ausländer und auch hier so Hartz 4-Leute“ (Transkript 2) seien. Sie hat Angst, dass Menschen auf der Straße „ein Messer oder, oder irgendwie was dabei haben“ (ebenda) und sie abstechen würden (vgl. ebenda). Herr L. und Frau W. hingegen fühlen sich ‚Am Südpark‘ nicht unsicher, wenn auch aus verschiedenen Gründen. Herr L. gibt an, er habe „absolut keine Angst“ (Transkript 1). Er zeigt sich aber, wie bereits erwähnt, auch bereit, Gewalt gegenüber Menschen anzuwenden, die ihn beleidigen oder bedrohen. Frau W. hat durch ihre Stellung als Person, die ‚Am Südpark‘ arbeitet und nicht wohnt, eine andere Perspektive und weist darauf hin, dass ihre Einschätzung deswegen verzerrt sein kann. Sie macht mehrmals deutlich, dass sie sich ‚Am Südpark‘ sicher fühle und keine Bedenken habe, „dass irgendwie was mal passiert oder so“ (Transkript 3). Für Frau W. spielt außerdem die Anwesenheit des Regionalbereichsbeamten der

Polizei eine Rolle in Bezug auf ihr Sicherheitsempfinden. Der Kontakt zwischen Bewohner*innen und Polizei finde viel über die Beratungsstelle statt, sie fungiert also als Bindeglied und Vermittlerin (vgl. ebenda). In den Interviews mit den Bewohner*innen wurde hingegen von keiner Interaktion mit der Polizei berichtet (vgl. Transkript 1, 2, 4). Während Herr L. bemängelt, dass die Polizei nicht genug oder an den falschen Orten kontrolliere und z. B. nicht in die Parkanlage fahre, obwohl dort Polizeipräsenz nötig wäre (vgl. Transkript 1), berichtet Frau M.: „Mittlerweile sind die ja auch sehr häufig hier im Park. Die laufen die ganze Zeit. Ich finde das gut jetzt, da habe ich nicht so Angst“ (Transkript 4). Sie nimmt die Anwesenheit der Polizei an demselben Ort ganz anders wahr und findet zudem, Polizeipräsenz würde ihr ein Gefühl von Sicherheit vermitteln. „Also ich finde das ja gut, weil man hat ja so ein bisschen, so dieses Sicherheitsgefühl. Ja hier sind ja Polizei, ja wenn was passiert ist [...]“ (ebenda). Auch Frau Z. gibt an, sich sicherer zu fühlen, wenn sie weiß, dass die Polizei ‚Am Südpark‘ unterwegs ist (vgl. Transkript 2).

Eine Maßnahme der Polizei im Rahmen der Deklaration von ‚Am Südpark‘ als ‚gefährlicher Ort‘ war es, im Jahr 2016 Überwachungskameras in dem südlichen Bereich des Quartiers zu installieren (Briest 2016c). Frau W. sagt dazu: „Ich glaube, das mussten die so ein bisschen machen, weil es vor einigen Jahren hier so schwierig war und so, dass da, genau da war das so die Idee“ (Transkript 3). Für Frau Z. ist die Herstellung von Sicherheit ein wichtiger Effekt der Videoüberwachung (vgl. Transkript 2). Sie zweifelt aber auch an, ob sie eine Auswirkung auf die Kriminalitätslage hat, weil das „die“ nicht stören würde und sie weiter Straftaten begingen (ebenda). Die Überwachung wird hier also primär in der Funktion als Instrument der Abschreckung eingeschätzt, welche nicht erfüllt wird und weniger als Möglichkeit um Straftaten tatsächlich aufzuklären (vgl. ebenda). Die Interviewpartner*innen scheinen alle unwissend darüber zu sein, was mit dem Videomaterial passiert (vgl. Transkript 1, 2, 3, 4). Zudem scheint unklar zu sein, ob die Videokameras noch immer vorhanden sind, oder schon abgebaut wurden.



Abbildung 3: Hinweisschild zur Videoüberwachung, Lortzingbogen Ecke Eduard-Künneke-Straße (Foto: Y. Auge, 2021).

Eine interessante Argumentationsstruktur zu den Überwachungskameras lässt sich bei Herrn L. beobachten, der zunächst die Bildqualität der Kameras bemängelt, dann erzählt, man könne die Aufnahmen über einen Fernsehsender anschauen, daraufhin die Existenz der Kameras anzweifelt und schlussendlich kritisiert, dass viel Geld in die Installation von Überwachungskameras gesteckt wurde (Transkript 1).

6.3. Der Wunsch nach einer besseren Wohnumgebung

Investitionen in die Infrastruktur, Spielmöglichkeiten und Versorgungsinfrastruktur im Quartier werden von allen Interviewpartner*innen gefordert. Herr L. wünscht sich beispielsweise ein Projekt, was ‚Am Südpark‘ sowohl das Thema Arbeitslosigkeit als auch die fehlenden Freizeitmöglichkeiten aufgreift, sowie bessere Spielmöglichkeiten für Kinder, eine gepflegte Infrastruktur, ein Nachbarschaftsbüro, mehr soziales Engagement, Zusammenhalt und Solidarität (vgl. Transkript 1). Auch Frau W. würde sich gerne für mehr Begegnungsorte im Quartier einsetzen. Sie stellt sich eine Begegnungsstelle für ihre Klient*innen vor, in der zusammen gekocht und gearbeitet werden könnte. Auch Projekte wie Handarbeiten und Bepflanzungen und Verschönerung des Viertels sollten gemeinsam umgesetzt werden. Außerdem ist ihrer Meinung nach die Renovierung von Wohnungen eine wichtige Aufgabe (vgl. Transkript 3).

Frau M. sieht vor allem in der Infrastruktur für Kinder Raum für Verbesserung und wünscht sich Kinderärzt*innenpraxen und Spielplätze (Transkript 4). Auch Frau Z. wünscht sich, dass man ‚Am Südpark‘ ‚für die Kinder was machen‘ würde (Transkript 2). Sie spricht zudem an, dass sich das Umfeld bessern müsste. Wer damit gemeint ist und wie das passieren soll, bleibt unklar (vgl. ebenda). Die historische Veränderung des Quartiers scheint für Frau Z. noch präsent zu sein, denn sie hätte gerne, „dass das wieder so wird, wie damals eigentlich“ (ebenda). Sie ist außerdem der Meinung, es bräuchte mehr mediale Aufmerksamkeit zu den Problemen ‚Am Südpark‘ und mehr Polizeipräsenz um für Sicherheit zu sorgen (vgl. ebenda). Auch Frau M. würde mehr Polizeipräsenz unterstützen (vgl. Transkript 4). Herr L. gibt außerdem an, er würde gerne

„[...] aus dem Viertel überhaupt etwas Gutes machen. Ja, ich würde erst mal hauptsächlich, ich will jetzt kein Rassist sein, ja, alle Kriminellen, die hier wirklich Straftaten begehen im Südpark. Die würde ich dem Südpark verweisen, sollen sich woanders in Halle eine Wohnung suchen. Ich würde das Viertel einfach nur sicher machen. Ich würde Security engagieren“ (ebenda).

Interessant ist hier die Annahme von Herrn L., dass eine Securityfirma eher in der Lage sei für Sicherheit und Ordnung zu sorgen als die Polizei.

6.4. Leben an einem ‚gefährlichen Ort‘

Abschließend wird auf die genauen Äußerungen der Interviewpartner*innen bezüglich des Quartiers als ‚gefährlicher Ort‘ eingegangen. Wie aufgezeigt wurde, ist die (Un-)Sicherheit ‚Am Südpark‘ durchaus eine relevante Thematik, auch wenn sie durch die Interviewpartner*innen ganz unterschiedlich wahrgenommen wurde. Eine klare Gemeinsamkeit aller Interviewpartner*innen scheint das Nicht-Wissen über die Deklaration des Quartiers ‚Am Südpark‘ als ‚gefährlicher Ort‘ zu sein. Es wirkt so, als wäre es für alle Interviewpartner*innen unklar, ob sie über die Deklaration und die Folgen davon Bescheid wissen. Auf Nachfrage wurden diese eher ungenauen Antworten gegeben: „Natürlich, bin ich mir ja sicher, dass das so ist“ (Transkript 1), „Nee das weiß ich jetzt nicht“ (Transkript 2), „Vielleicht war das mal so, ich kann es nicht bestätigen [...]. Vielleicht war es so, vielleicht habe ich da auch nicht den Einblick oder so“ (Transkript 3) und „Das wusste ich, also vorher nicht, als ich nach Südpark eingezogen bin, aber jetzt schon mittlerweile“ (Transkript 4). Frau W. vermutet bei ihren Klient*innen außerdem ebenfalls Unwissen über die Deklaration als ‚gefährlicher Ort‘ (vgl. Transkript 3). Es scheint, als wäre diese politische Antwort auf

soziale Probleme und erhöhte Kriminalität für die Interviewpartner*innen kaum bedeutsam, obwohl sie gleichzeitig Auswirkungen und Gründe dafür als sehr präsent wahrnehmen.

7. Analyse der Ergebnisse und Einordnung

Der Aufenthalt an einem Ort mit hohen Kriminalitätszahlen ist nicht per se ‚gefährlich‘ (Belina & Wehrheim 2020: 104). Dies steht auch für die Interviewpartner*innen fest. Dass Kriminalität als räumliches, und nicht als soziales Problem verstanden wird, wie Rolfes (2015a) aufzeigt, lässt sich an den Maßnahmen, die von der Polizei zur Kriminalitätsbekämpfung ergriffen wurden, beobachten (Belina 2005: 137; Sutter 2014: 10; Rolfes 2015a: 38). Es kann vermutet werden, dass räumliche Polizeiarbeit, ähnlich wie Belina (2007) und Belina und Wehrheim (2020) feststellten, genutzt wird, um unerwünschtes Verhalten und Abweichungen von der Normvorstellung von Ordnung und Sauberkeit zu kontrollieren (Belina 2007: 250; Belina & Wehrheim 2020: 103). Die Menschen, die von den polizeilichen Maßnahmen betroffen sind, sind jene, die ‚Am Südpark‘ wohnen. Da es sich dabei vielfach um migrantisierte Menschen oder Menschen ohne Erwerbstätigkeit handelt, kann bestätigt werden, dass es sich um eine durch Gesetzgebung festgelegte Kontrollbefugnis „down the social and political hierarchy“ (Coleman et al. 2005: 2512) handelt.

Der in dem Theoriekapitel dargestellte Zusammenhang von selektiven Kontrollpraktiken, marginalisierter Bevölkerung, ärmeren Stadtvierteln und der Konstruktion von ‚Gefahrengebieten‘ (vgl. Belina 2005; Belina 2009; Ullrich & Tullney 2011; Sutter 2014; Rolfes 2015a; Belina & Wehrheim 2020) scheint im Verständnis der Interviewpartner*innen dennoch nicht so klar zu sein. Es konnte deswegen eine Reihe von Widersprüchen gegenüber der theoretischen Auseinandersetzung mit ‚gefährlichen Orten‘ festgestellt werden.

Erstens handelt es sich bei dem Quartier ‚Am Südpark‘ um einen Ort, dessen primäre Funktion das Wohnen ist. Er unterscheidet sich schon alleine darin von bisheriger Forschung zur Konstruktion ‚gefährlicher Orte‘, weil er kein öffentlicher, belebter oder durch soziokulturelle Angebote geprägter Ort ist. In den Interviews wird vor allem Kritik an Umständen geübt, die genau diese Funktion betreffen (vgl. Transkript 1, 2, 3, 4). So geht aus den Interviews hervor, dass sich die Interviewpartner*innen vor allem ein ‚normales‘, bodenständiges, ruhiges und lebenswertes Umfeld zum Wohnen wünschen. Die Forderungen nach einer Verbesserung der Infrastruktur oder der sozialen Angebote zielen dabei nicht auf die Polizei ab, sondern auf andere Akteur*innen wie die Stadt Halle (Saale). Die Polizei scheint in der Tat für die, sowohl

gute als auch schlechte, Veränderung der Wohnfunktion in dem Quartier aus Sicht der Interviewpartner*innen kaum eine Rolle zu spielen.

Die eher als unwichtig wahrgenommene Präsenz und die Sonderbefugnisse der Polizei lassen zweitens den Schluss zu, dass die mit der Deklaration als ‚gefährlicher Ort‘ einhergehenden Berechtigungen der Polizei kaum, oder kaum mehr, genutzt werden. Wird eigentlich davon ausgegangen, dass Menschen durch den Aufenthalt an einem ‚gefährlichen Ort‘ einer erhöhten Wahrscheinlichkeit ausgesetzt sind, kriminalisiert und kontrolliert zu werden (Belina & Wehrheim 2011: 221; Ullrich & Tullney 2012: 18), so scheint dies für ‚Am Südpark‘ nicht der Fall zu sein und somit die Angst davor und vor der Polizei nicht oder kaum zu existieren. Auch wenn in den Interviews klar wurde, dass es viele Probleme in dem Quartier gibt, gehörte die Sorge vor polizeilicher Intervention im Alltag nicht dazu.

Drittens konnte herausgearbeitet werden, dass für die Interviewpartner*innen durch die Einstufung von ‚Am Südpark‘ als ‚gefährlicher Ort‘ keine Veränderung auftrat. Entgegen der Annahme von Belina und Wehrheim (2011) veränderten sich weder das Sicherheitsempfinden, noch „raumbezogene Images“ (Belina & Wehrheim 2011: 219). Entgegen der Bedeutung und Definitionsmacht der Kategorie ‚Gefahrenzone‘ (vgl.; Sutter 2014; Rolfes 2015a; Keller & Leifker 2017; Belina & Wehrheim 2020) wirkten die Interviewten davon eher unbeeindruckt und unberührt (vgl. Transkript 1, 2, 3, 4).

Darauf aufbauend ist viertens festzustellen, dass sich die interviewten Personen, gerade auch durch die nicht wahrgenommene Veränderung, daran gewöhnt haben, dass es sich bei ihrem Wohnort um einen ‚gefährlichen Ort‘ mit polizeilichen Sonderbefugnissen handelt. Ihr Leben hat sich seit der Deklaration wenig verändert, weswegen die Auseinandersetzung mit den Folgen dieser Gefährlichkeitskonstruktion nicht relevant war. Von einem „Ausnahmestand“ und der ständigen Angst vor Kontrollen, wie Keller und Leifker (2018) ihn beschreiben, kann ‚Am Südpark‘ nicht gesprochen werden (vgl. Keller & Leifker 2017: 248).

Es wurde fünftens deutlich, dass eine Veränderung des Wohlbefindens, eine Auseinandersetzung mit den Folgen und Risiken räumlicher Kriminalprävention (Rolfes 2017: 58) oder ein aktivistischer Widerstand in den Interviews nicht offen kommuniziert wurden. Möglicher Grund dafür mag die geringe Aufmerksamkeit sein, welche die Deklaration und Konstruktion von ‚Am Südpark‘ als ‚gefährlicher Ort‘ mit sich brachte. Es kann vermutet werden, dass die Deklaration ohne öffentlichen Diskurs, wie es in Leipzig (vgl. Högele & Kücük 2020; Schmid 2021; Unofficial Pictures 2021) oder Hamburg (vgl. Sutter 2014: 7) der Fall war, schnell wieder in Vergessenheit geraten ist. Womöglich haben die interviewten

Personen keine Abwehrhaltung oder Kritik an der Konstruktion von ‚Am Südpark‘ als ‚gefährlich‘ entwickelt, weil es schlichtweg nicht als relevantes Thema kommuniziert und entsprechend von Aktivist*innen oder Bewohner*innen skandalisiert wurde. Liegt in der Nicht-Beachtung dieser Entwicklung zwar auch die Gefahr, dass Bewohner*innen mit den Auswirkungen einer Deklaration als ‚Gefahrenort‘ alleine gelassen werden, so mag es ‚Am Südpark‘ auch dazu geführt zu haben, dass sich die interviewten Bewohner*innen wenig durch polizeiliche Maßnahmen eingeschränkt und bedroht fühlen, weil der fehlende Diskurs dazu geführt hat, dass keine negative Bewertung der Entwicklung stattfand.

Es konnte sechstens auch keine Verdrängung von unerwünschten und marginalisierten Personengruppen (vgl. Rolfes 2017: 54) oder eine Stigmatisierung der Bewohner*innen (vgl. ebenda: 58) durch die Polizei ‚Am Südpark‘ festgestellt werden (vgl. Transkript 1, 2, 3, 4). Der vermeintlich formulierte Generalverdacht, dass alle sich in einem kriminalisierten Raum aufhaltenden Personen potentiell kriminelle Eigenschaften zugeschrieben werden, konnte nicht bestätigt werden (vgl. Transkript 1, 2, 3, 4) (Rolfes 2017: 58). Es handelt sich auch nicht um einen Ort, an dem Menschen durch unerwünschtes und kriminalisiertes Verhalten verdrängt werden, allerdings ist das Quartier selbst ein Ort, an dem eine Konzentration bestimmter Personengruppen auftritt (Grunze 2017: 146). Hier sei besonders auf die Entwicklung des Quartiers seit der Wende verwiesen, die diese Dynamiken verstärkt hat (vgl. Bernt et al. 2017). Es kann angenommen werden, dass eine stadtweite Segregation, Verdrängung und Konzentration von marginalisierten Menschen im Zuge der Entwicklung von Halle (Saale) stattfand und -findet und ‚Am Südpark‘ sichtbar wird (vgl. Schneider et al. 2020: 17; Wudy 2021: 15).

Siebtens scheinen nicht die fehlende Polizeipräsenz oder vorhandene Straßenkriminalität für ein Unsicherheitsgefühl zu sorgen, sondern eher eine gewisse soziale, kulturelle und institutionelle Verwahrlosung. Mehr Investitionen in soziale Einrichtungen, Orte der Begegnung und Infrastruktur und eine verbesserte Wohnumgebung scheinen für alle Interviewpartner*innen mindestens genauso relevant wie die Herstellung von Sicherheit und die Reduktion von Kriminalität (vgl. Transkript 1, 2, 3, 4). Wie Rolfes (2015a) zeigt, kann es aber gerade auch nichtexistierende oder defekte Infrastruktur, Müll und soziale oder physische und kulturelle Verwahrlosung sein, die das subjektive Unsicherheitsgefühl erhöhen (Rolfes 2015a: 18). Glasauer (2005) schreibt dazu:

„Die Menschen fühlen sich offensichtlich um so unsicherer und ängstlicher, je mehr sie das Gefühl haben, dass das Quartier oder die Nachbarschaft, in der sie leben, sich in einem baulichen Verfallsprozess befindet, je mehr sie das Gefühl haben, dass sich die kommunale Politik für diese

Entwicklung nicht interessiert und je weniger sie für sich selbst die Möglichkeit einer aktiven Einflussnahme im positiven Sinne sehen“ (Glasauer 2005: 218).

Wurde die Forderung nach mehr Teilhabe zwar nicht explizit angesprochen, so wurde dennoch klar, dass mehr Gestaltungsmöglichkeiten und Partizipation erwünscht sind. Die Formulierung von einem Wunsch nach Begegnungsorten, Freizeitmöglichkeiten, funktionierender Wohninfrastruktur und sozialer Unterstützung bedeuten letztendlich genau das: Teilhabe an sozialen, kulturellen und politischen Entwicklungen und die Möglichkeit, selber aktiv zu werden.

8. Fazit

Häufig werden im öffentlichen Diskurs Armut und Kriminalität in Zusammenhang gebracht (Schirmel 2011: 102) und diese Themen in Großwohnsiedlungen lokalisiert (Brailich et al. 2008: 114), auch für ‚Am Südpark‘ dominieren Themen wie Kriminalität und Sicherheit die Auseinandersetzung der Interviewpartner*innen mit dem Quartier. Entgegen des von der Literatur aufgezeigten Einflusses der Konstruktion eines ‚Gefahrenorts‘ auf selektive Polizeipraktiken und das Sicherheitsempfinden der Bewohner*innen (vgl. z. B. Belina 2016; Belina & Wehrheim 2011; Keller & Leifker 2017; Rofles 2015a Ullrich & Tullney 2012) wurde allerdings festgestellt, dass die Kategorie ‚gefährlicher Ort‘ für die Interviewten nur eine untergeordnete Position einnimmt. Das Quartier wurde als Ort mit Problemen wie sichtbarer Unordnung und Verwahrlosung im Quartier, der Angst vor Straftaten, fehlende soziale Unterstützung und rassistische Übergriffe und Einstellungen, aber auch positiven Eigenschaften wie grüner Umgebung und Freiraum beschrieben, in dem es wenig Kontakt mit der Polizei gibt. Generell wurde die Polizei als Verantwortliche zur Herstellung von Sicherheit identifiziert, auch wenn sich die Interviewten vor allem eine verbesserte Infrastruktur für Kinder und Begegnungsorte wünschen.

Es wurde herausgearbeitet, dass bei den Interviewpartner*innen kaum Angst vor Kriminalisierung durch die Polizei besteht, was durch die Wohnfunktion, die fehlende Skandalisierung und die Gewöhnung an den Zustand als ‚gefährlicher Ort‘ begründet wird. Das bestehende Unsicherheitsgefühl der Interviewpartner*innen scheint eher mit sozialer, kultureller und physischer Verwahrlosung von ‚Am Südpark‘ zusammenzuhängen, als mit Kriminalität und der Konstruktion als ‚gefährlich‘. Die besondere Stellung des Quartiers als monofunktionales Wohnquartier, Großwohnsiedlung und Wohnort für marginalisierte Menschen ermöglichte eine neue Perspektive auf die Forschung zu ‚Gefahrenorten‘ in der

Geographie. Vielleicht können die Forderungen nach Spielmöglichkeiten und Gestaltung des Quartiers gerade deswegen formuliert werden, weil es sich primär um einen durch Wohnen geprägten Ort handelt. Auch wenn es Forschung zu kritischer Kriminalgeographie gibt, so war der Blick bisher begrenzt auf eine bestimmte Nutzungsart von Quartieren, die als ‚gefährliche Orte‘ konstruiert wurden und weiter auf eine bestimmte Widerstandform gegen diese Deklaration. Es sollte ein Umdenken dahingehend folgen, wieviel Macht der Kategorie ‚gefährlicher Ort‘ und polizeilicher Präsenz zugesprochen wird und wer dies tut. Durch den bisherigen Fokus auf die eher theoretische Konstruktion von ‚gefährlichen Orten‘ wurde zu wenig berücksichtigt, dass letztendlich die Bewohner*innen auch eine andere, von der Theorie abweichende Einstellungen haben können. Sollten die Auswirkungen solch einer Konstruktion zwar weiterhin nicht unterschätzt werden, so müssen sich Forschende trotzdem bewusst sein, dass auch der analytisch-kritische Blick auf einen ‚Gefahrenort‘ eine Zuschreibung von außen darstellt.

9. Literaturverzeichnis

- Auge, Y. & Ringel, F. (2021): Die mediale Darstellung von Großwohnsiedlungen – Wie Musik und Fernsehen das Image von Halle-Neustadt prägen. MLU Human Geography Working Paper Series, Issue 3.
<http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:3:2-134556>
- Autor*innenkollektiv der Berliner Kampagne Ban! Racial Profiling – Gefährliche Orte abschaffen (2018): Ban! Racial Profiling oder Die Lüge von der 'anlass- und verdachtsunabhängigen Kontrolle'. In: Loick, D. (Hrsg.): Kritik der Polizei. Frankfurt: Campus Verlag, 181-196.
- Belina, B. (1999): „Kriminelle Räume“: zur Produktion räumlicher Ideologien.
In: Geographica Helvetica 54 (1), 59-66. <https://doi.org/10.5194/gh-54-59-1999>
- Belina, B. (2005): Räumliche Strategien kommunaler Kriminalpolitik in Ideologie und Praxis. In: Glasze, G.; Rolfes, M. & Pütz, R. (Hrsg.): Diskurs – Stadt – Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie. Bielefeld: transcript Verlag, 137-165.
<https://doi.org/10.14361/9783839404089-004>
- Belina, B. (2006): Raum, Überwachung, Kontrolle. Vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Belina, B. (2007): Zur Kritik von Kriminalgeographie und Kriminalitätskartierungen... und warum deren heutige Bemühungen noch hinter Quetelet zurückfallen. In: Tzschaschel, S.; Wild, H. & Lentz, S. (Hrsg.): Visualisierung des Raumes. Karten machen – die Macht der Karten. Leipzig: Selbstverlag Leibniz-Institut für Länderkunde, 241-255.

Belina, B. (2009): Kriminalitätskartierung – Produkt und Mittel neoliberalen Regierens, oder: Wenn falsche Abstraktionen durch die Macht der Karte praktisch wahr gemacht werden. In: *Geographische Zeitschrift* 97 (4), 192-212.

Belina, B. (2016): Der Alltag der Anderen: Racial Profiling in Deutschland? In: Dollinger, B. & Schmidt-Semisch, H. (Hrsg.): *Sicherer Alltag? Politiken und Mechanismen der Sicherheitskonstruktion im Alltag*. Wiesbaden: Springer VS, 125-146. https://doi.org/10.1007/978-3-658-07268-1_6

Belina, B. & Wehrheim, J. (2011): ‚Gefahrengebiete‘: durch die Abstraktion vom Sozialen zur Reproduktion gesellschaftlicher Strukturen. In: *Soziale Probleme* 23 (2), 207-229. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-364686>

Belina, B. & Wehrheim, J. (2020): ‚Danger Zones‘: How Policing Space Legitimizes Policing Race. In: Castro Varela, M. d. M. & Ülker, B. (Hrsg.): *Doing Tolerance: Democracy, Citizenship and Social Protests*. Leverkusen Opladen, Toronto: Budrich Barbara, 95-115.

Bernt, M. (2019): Sonderfall Südpark? In: Pasternack, P. (Hrsg.): *Kein Streitfall mehr? Halle-Neustadt fünf Jahre nach dem Jubiläum*. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag, 97-90.

Bernt, M. (2020): Report on Work Package 2: 'Governance Analysis'. Case Studies: Halle-Neustadt & Berlin-Marzahn. Erkner: Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (Research project "Estates after Transition").

Bernt, M.; Colini, L. & Förste, D. (2017): Privatization, Financialization and State Restructuring in Eastern Germany: The case of Am Südpark. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 41 (4), 1-17. <https://doi.org/10.1111/1468-2427.12521>

Bernt, M.; Förste, D.; Colini, L. & Hebsaker, J. (2014): Studie zur kleinräumlichen Untersuchung sozialstruktureller Veränderung in Halle (Saale). Erkner: Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung.

Böhmer, F. (2019): „Raus aus dem Block“. Die Proteste im Südpark 2016 aus diskursanalytischer Sicht. In: Pasternack, P. (Hrsg.): *Kein Streitfall mehr? Halle-Neustadt fünf Jahre nach dem Jubiläum*. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag, 91-104.

Brailich, A.; Germes, M.; Schirmel, H.; Glasze, G. & Pütz, R. (2010): Die diskursive Konstitution von Großwohnsiedlungen in Deutschland, Frankreich und Polen. In: *Europa Regional* 16.2008 (3), 113-128. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47962-0>

Briest, R. (2016a): Brennpunkt Südpark. Polizei kann jeden Menschen auch ohne Verdacht überprüfen. In: *Mitteldeutsche Zeitung* vom 12.10.2016. URL: <https://www.mz-web.de/halle-saale/brennpunkt-suedpark-polizei-kann-jeden-menschen-auch-ohne-verdacht-ueberpruefen-24879582> (letzter Zugriff am: 28.05.2021).

Briest, R. (2016b): Reportage aus dem Südpark: „Es ist hier wie im Ghetto“. In: *Mitteldeutsche Zeitung* vom 09.09.2016. URL: <https://www.mz-web.de/halle-saale/reportage-aus-dem-brennpunkt-suedpark---es-ist-hier-wie-im-ghetto--24712424> (letzter Zugriff am: 28.05.2021).

Briest, R. (2016c): Interview zum Brennpunkt Südpark: "Man darf nicht aufgeben". In: *Mitteldeutsche Zeitung* vom 17.10.2016. URL: <https://www.mz-web.de/halle-saale/interview-zum-brennpunkt-suedpark--man-darf-nicht-aufgeben--24926688> (letzter Zugriff am: 28.05.2021).

Briest, R. (2017): Brennpunkt Südpark: Stadt stellt Ideen für Problemviertel vor. In: Mitteldeutsche Zeitung vom 19.01.2017. URL: <https://www.mz-web.de/halle-saale/brennpunkt-suedpark-stadt-stellt-ideen-fuer-problemviertel-vor-25580264> (letzter Zugriff am: 28.05.2021).

Çağlar, A. S. & Schiller, N. G. (2018): *Migrants and City-Making. Dispossession, Displacement, and Urban Regeneration*. Durham, London: Duke University Press.

Coleman, R.; Tombs, S. & Whyte, D. (2005): *Capital, Crime Control and Statecraft in the Entrepreneurial City*. In: *Urban Studies* 42 (13), 2511-2530. <https://doi.org/10.1080/00420980500380428>

Democracia & Trautmann, F. (Ed.) (2018): *We Protect you from yourselves. The Politics of Policing*. Madrid: Brumaria.

Glasauer, H. (2005): Stadt und Unsicherheit. Entschlüsselungsversuche eines vertrauten Themas in stets neuen Facetten. In: Glasze, G.; Rolfes, M. & Pütz, R. (Hrsg.): *Diskurs - Stadt - Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie*. Bielefeld: transcript Verlag, 203-222. <https://doi.org/10.14361/9783839404089-006>

Glasze, G.; Pütz, R. & Rolfes, M. (2005): Die Verräumlichung von (Un-)Sicherheit, Kriminalität und Sicherheitspolitiken - Herausforderungen einer Kritischen Kriminalgeographie. In: Glasze, G.; Rolfes, M. & Pütz, R. (Hrsg.): *Diskurs - Stadt - Kriminalität. Städtische (Un-)Sicherheiten aus der Perspektive von Stadtforschung und Kritischer Kriminalgeographie*. Bielefeld: transcript Verlag, 13-58. <https://doi.org/10.14361/9783839404089-002>

Grunze, N. (2017): *Ostdeutsche Großwohnsiedlungen*. Berlin: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-18540-4>

Hunold, D.; Dangelmaier, T. & Brauer, E. (2020): Soziale Ordnung und Raum - Aspekte polizeilicher Raumkonstruktion. In: *Soziale Probleme*, 1-26. <https://doi.org/10.1007/s41059-020-00070-1>

Högele, T. & Küçük, E. (2020): Racial Profiling und Rassismus: So sieht der Alltag auf der Leipziger Eisenbahnstraße aus. In: *ze.tt* vom 01.03.2020. URL: <https://ze.tt/racial-profiling-und-rassismus-so-sieht-der-alltag-auf-der-leipziger-eisenbahnstrasse-aus/> (letzter Zugriff am: 28.05.2021).

Jaeck, T. (2018): *Einwohnerumfrage Halle 2017*. Halle (Saale): Der Hallesche Graureiher 2018-4.

Kant, M. & Roggan, F. (2005): Vertreibung, Erfassung, Kontrolle. Polizeiliche Eingriffsbefugnisse im öffentlichen Raum. In: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 81 (2), 11-19.

Kaspar, H. (2018): Die Stadt im Interview. In: Belina, B.; Naumann, M. & Strüver, A. (Hrsg.): *Handbuch kritische Stadtgeographie*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 96-101. <https://doi.org/10.5167/uzh-103866>

Keller, N. & Leifker, M. (2017): Gefahrengebiete. Ein kommunaler Ausnahmezustand? In: Lemke, M. (Hrsg.): *Ausnahmezustand. Theoriegeschichte - Anwendungen - Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS, 243-253. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-16588-8>

Landtag Sachsen-Anhalt (2018): Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung. Kriminalitätsschwerpunkte in Sachsen-Anhalt. KA 7/1572. (Drucksache 7/2759). URL: <https://bit.ly/33Qc8Ld> (letzter Zugriff am: 28.05.2021).

- Lefebvre, H. (2006): Die Produktion des Raumes (1974). In: Dünne, J. & Günzel, S. (Hrsg.): Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 330-343.
- Massey, D. (2011): Politik und Raum/Zeit. In: Belina, B. & Michel, B. (Hrsg.): Beiträge der Radical Geography. Eine Zwischenbilanz. Münster: Westfälisches Dampfboot, 111-132.
- Mattissek, A.; Pfaffenbach, C. & Reuber, P. (2013): Methoden der empirischen Humangeographie. Braunschweig: Westermann.
- Meier Kruker, V. & Rauh, J. (2005): Arbeitsmethoden der Humangeographie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Pasternack, P. (2014): Chemiarbeiterstadt. In: Pasternack, P. (Hrsg.): 50 Jahre Streitfall Halle-Neustadt. Idee und Experiment. Lebensort und Provokation. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag, 54-56.
- Pasternack, P. (2019): Das Betriebssystem einer sozialistischen Stadt. Halle-Neustadt 1964-1989: Eine Rekonstruktion. In: Pasternack, P. (Hrsg.): Kein Streitfall mehr? Halle-Neustadt fünf Jahre nach dem Jubiläum. Halle (Saale): Mitteldeutscher Verlag, 25-36.
- Polizeiinspektion Halle (Saale) (2016): Erhöhtes Straftatenaufkommen im Südpark von Halle-Neustadt - Polizei erhöht Präsenz und setzt Videotechnik ein. Pressemitteilung vom 05.10.2016. URL: <https://bit.ly/3wesNEG> (letzter Zugriff am: 28.05.2021).
- Rolfes, M. (2003): Sicherheit und Kriminalität in deutschen Städten: Über die Schwierigkeiten, ein soziales Phänomen räumlich zu fixieren. In: Berichte zur deutschen Landeskunde 4, 329-348.
- Rolfes, M. (2015a): Kriminalität, Sicherheit und Raum. Humangeographische Perspektiven der Sicherheits- und Kriminalitätsforschung. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Rolfes, M. (2015b): Räumliche Beobachtung und die Verräumlichung von (Un-)Sicherheit und Kriminalität. In: Floeting, H. (Hrsg.): Sicherheit in der Stadt. Rahmenbedingungen, Praxisbeispiele, internationale Erfahrungen. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik, 141-162.
- Rolfes, M. (2017): (Un-)sichere Stadt. Vom Umgang mit Risiken und Gefahren im urbanen Raum. In: Krusche, J. (Hrsg.): Die ambivalente Stadt. Gegenwart und Zukunft des öffentlichen Raums. Berlin: JOVIS Verlag, 48-61.
- Schirmel, H. (Hrsg.) (2011): Sedimentierte Unsicherheitsdiskurse. Die diskursive Konstitution von Berliner Großwohnsiedlungen als unsichere Orte und Ziel von Sicherheitspolitiken. Erlangen: Selbstverlag der Fränkischen Geographischen Gesellschaft in Kommission bei Palm & Enke.
- Schmid, N. (2021): Problemviertel, Brennpunkt, gefährlicher Gegenstand. In: Sprechen. Hören. Denken. Leipziger Podcast-Ethnografie vom 12.01.2021. URL: <https://home.uni-leipzig.de/podcastethnografie/2021/01/12/problemviertel-brennpunkt-gefaehrlicher-gegenstand/> (letzter Zugriff am: 28.05.2021).
- Schneider, P. R.; Ringel, F. & Everts, J. (2020): Großwohnsiedlungen als Ankunftsquartier? Wanderungsbewegungen und Segregationsprozesse in Halle (Saale). MLU Human Geography Working Paper Series, Issue 2. <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:3:2-128517>

Stadt Halle (Saale) (2020): Bevölkerung mit Hauptwohnsitz am 31.12.2020 nach Stadtteilen/-vierteln. URL: <https://halsis.halle.de:8443/halsis/> (letzter Zugriff am: 28.05.2021).

Sutter, O. (2014): Recapturing the Gefahrengebiet: (Klobürsten-)Proteste in der „Kreativen Stadt“. In: *kommunikation@gesellschaft* 15, 1-29. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-400222>

Töpfer, E. (2008): Polizei – Macht – Karten: Crime Mapping und polizeiliche Lagebilder. In: *Bürgerrechte & Polizei/CILIP* 90, 66-73.

Ullrich, P. & Tullney, M. (2012): Die Konstruktion ‚gefährlicher Orte‘. Eine Problematisierung mit Beispielen aus Berlin und Leipzig. In: *sozialraum.de* 4 (2), 1-24. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:83-opus4-68983>.

Unofficial Pictures (2021): Gefährlicher Gegenstand: Eisenbahnstraße. URL: <https://unofficial.pictures/dangerous/> (letzter Zugriff am: 28.05.2021).

Wa Baile, M.; Dankwa, S. O.; Naguib, T.; Purtschert, P. & Schilliger, S. (Hrsg.) (2019): *Racial Profiling. Struktureller Rassismus und antirassistischer Widerstand*. Bielefeld: transcript Verlag.

Winkler, N.; Herzog, C.; Knechtel, S.; Pillat, L.; Rieck, T. F.; Schulze, J.; Wudy, L. & Everts, J. (2020): ‚Am Treff‘ in Halle-Neustadt: ethnographische Einblicke in die dynamische Entwicklung einer ostdeutschen Großwohnsiedlung. *MLU Human Geography Working Paper Series, Issue 1*. <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:3:2-126318>

Wudy, L. (2021): Halle-Neustadt als dynamisches Ankunftsquartier nach dem langen Sommer der Migration – Migrantische Aushandlungs- und Aneignungspraktiken in einer ostdeutschen Großwohnsiedlung. *MLU Human Geography Working Paper Series, Issue 4*. <http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:3:2-136946>